Nr. 100 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 16. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 62 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.80, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Neue Gefahren

Das deutsche Volk soll nicht zur Ruhe kommen. Kaum ist die eine Gefahr, die eine Sorge vorbei, da tut sich ein neuer Abgrund auf. Wir stecken noch mitten in der Auseinandersetzung mit der Entente über die durch die Besetzung Frankfurts und Darmstadts geschaffene Lage. Die Regierung hat alle Hände voll zu tun, um einerseits die erfüllbaren Friedensbedingungen auszuführen und anderseits verhängnisvolle Forderungen mit all'n Mitteln der Ueberredungskunst und Vernunftsgründen zu bekämpfen. Nun kommen Meldungen, teils in Form von unkontrollierbaren Gerüchten, teils in glaubwürdiger Fassung, die vom drohenden neuen Putschversuch von seiten der Reaktion und den unentwegt Radikalen handeln. Die Gefahr, die um so größer ist, als die verantwortlichen Drahtzieher naturgemäß im Dunkeln operieren, und sie zu einer Zeit hervorzubrechen droht, die von den Abwehrstellen nur abschätzungsweise berechnet werden kann.

Die Regierung hat jetzt erfahren, daß sich in Pommern ein Heer von rechtsstehenden Verschwörern gebildet hat, die den Plan verfolgen, im Verein mit den Kommunisten die Regierung zu stürzen. An verantwortlicher Stelle ist man sich des Ernstes der Lage bewußt, glaubt aber, Herr der Lage zu sein, da alle Vorkehrungen getroffen sind, um jeden neuen Putsch im Keime zu ersticken. Ob dieser Optimismus berechtigt ist, mag dahingestellt bleiben. Verlangen wird man aber müssen, daß die Regierung im entscheidenden Augenblick tatsächlich über die militärischen Machtmittel verfügt, um uns vor unabsehbaren neuen Verwicklungen zu bewahren. Der Major v. Gilsa, der ehemalige Adjutant Noskes, der auch heute in ehrlicher Weise der Regierung seine erfahrenen Dienste zu leisten scheint, hält die Stellung der Regierung für gesichert und weist darauf hin, daß der Befehlshaber der Reichswehr in Pommern, General Weber, den dortigen Vorgängen seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet und sich als Herr der Lage fühlt.

Trotz dieser beruhigenden Erklärung wird die Regierung unter allen Umständen rechtzeitig danach trachten müssen, sich noch weitere zuverlässige Abwehrmittel zu schaffen, damit bei einem neuerlichen Versagen des Militärs das bereits allzu stark überlastete deutsche Wirtschaftsleben nicht durch eine sonst unvermeidlich eintretende Wiederholung des Generalstreiks unheilbar ruiniert wird. Nach der Tat ist man immer klüger als vorher. Es ist deshalb also außerordentlich schwer, zu prophezeien, ob sich gewisse Symptome, die auf eine neu aufgelegte Gegenoffensive der Putschisten zu deuten scheinen, verwirklichen werden, und insbesondere wann der Ausbruch zu erwarten ist.

Der „Vorwärts" hat zwar fleißig vielerlei Material zusammengetragen, das bis auf die Einzelheiten genau von Verschwörerzusammenkünften, von Offizieren in Zivil usw. berichtet, aber amtliches Material liegt noch nicht vor. Im Mittelpunkt einer neuen Offiziersbewegung sollen der vielgenannte Oberst Bischof, Hauptmann Biebahn und Oberleutnant Jeschoneck stehen, bei denen die Kameraden zu Informationszwecken ein- und ausgehen. Nicht genug hiermit sollen auch Kommunistenführer mit den Reaktionären an einem Strange ziehen und mit ihnen darüber einig sein, daß die Parole gegen die Juden, als die Vertreter des verhaßten Kapitalismus, lautet. Hier kann man sagen: „Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode." Gegen dieses systematische politische Verbrechertum gilt es nicht nur die Augen offen zu halten, sondern auch die geeigneten Mittel zu ihrer Unschädlichmachung rechtzeitig zu schaffen, damit gesagt werden kann: Mögen sie kommen, wir sind bereit!

•

Nur „Grüppchen und Geheimbünde"

Veranlaßt durch die Gerüchte über einen neuen bevorstehenden Putsch, sind die Straßenzüge im Regierungsviertel Berlins seit gestern abend durch Sicherheitswehr wieder abgesperrt.

Die Gefahr wird also, wie man sieht, für ziemlich ernst gehalten. Dafür spricht auch ein Aufruf des Bezirksvorstandes Groß-Berlins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem jeder Mann, der die Waffen zu führen vermag, aufgefordert wird, zum Schutze der Republik zur Stelle zu sein. Weiter dient zur Beleuchtung der Lage eine Meldung des „Vorwärts" aus Vorpommern. Nach dieser seien dort die Zeitfreiwilligen noch immer nicht entlassen. In Greifswald hielten die Studenten und Zeitfreiwilligen Uebungen im Scharfschießen und mit Handgranaten ab. Von einer Entlassung der Baltikumsoldaten sei gar keine Rede. Staatskommissar Krueger habe festgestellt, daß diese in Krakow gesammelt werden. Oberst Bischof habe bei einem Frühstück mit Offizieren öffentlich über seine Pläne gesprochen. Unter dem Einfluß der reaktionären Kreise hielten die pommerschen Landwirte seit einer Woche mit den Pflichtablieferungen zurück. In Berlin sollen sich wieder, so z. B. am Bahnhof Zoologischer Garten, Werbestellen für Freiwillige zu dunklen Zwecken aufgetan haben.

Und die „Voss. Ztg." teilt in ihrem heutigen, mit „Warnung" überschriebenen Leitartikel mit, daß tatsächlich seit einigen Tagen eine Verbindung zwischen einigen kommunistischen Gruppen und einer Anzahl Offiziere bestehe, von denen man nicht wisse, welche Gesolgschaft sie besitzen. Es wird aber ausdrücklich betont, daß die Kommunistische Partei als solche ebensowenig hinter diesen Plänen stehe, als irgendeine der rechtsstehenden Parteien. Es handelt sich zunächst nur um Grüppchen und Geheimbünde. Der Plan gehe auch diesmal wieder dahin, die Regierung an sich zu reißen, um gemeinsam mit Sowjetrußland den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen.

Gegen die neuen Putschpläne

nehmen auch die Rechtsparteien und ihre Presse Stellung. So schreibt die „Kreuzzeitung", jeder, der vom verfassungsmäßigen Wege abweiche, leiste den bolschewistischen Plänen des Radikalismus Vorschub. Hiermit geht sie zusammen mit dem Abgeordneten Kahl von der Deutschen Volkspartei, der gleichfalls in der Nationalversammlung betonte, daß seine Partei zwar monarchisch sei, aber durchaus auf dem Boden der Verfassung stehe, und jeden Versuch verurteile, auf nicht legalem Wege die Durchführung abweichender Ideen zu versuchen. Diese Abwehraktion der Rechten gegen die Putschgerüchte wird noch verstärkt durch die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei, die eine Erklärung verbreiten läßt, in der sie unter anderm sagt: „Die Parteileitung erwartet von ihren Parteifreunden im Lande, daß sie Umsturzplänen mit aller Entschiedenheit entgegenwirken." Die Front gegen die Putschisten scheint also nach rechts hin geschlossen zu sein. Für alle Fälle aber bereitet der „Vorw." auf das Verhalten nach Ausbruch eines neuen Putsches in einer beachtenswerten Ausführung Friedrich Stampfers vor. Er hebt in einem „Die Lehren des letzten Kampfes" betitelten Artikel hervor, daß bei einem Generalstreik, der sich als eine überlegene Waffe erwiesen habe, nicht der Schluß gezogen werden darf, daß es beim nächsten Male wieder so gemacht werden müßte wie beim letzten Male. Die Lage kann sich ganz anders gestalten als im März, und die Fehler, die damals zu ertragen waren, könnten jetzt verhängnisvoll werden. Es ist genau zu überlegen, wo gestreikt und wer streiken soll. Mag es in einem Orte notwendig sein, auch das letzte Rad zum Stillstand zu bringen, so mag in einem andern in bestimmten Berufsarten Tag- und Nachtarbeit angebracht sein, um die Abwehraktion zu fördern.

•

Englands Haltung

* **Berlin**, 15. April. Ueber die Putschgerüchte heißt es in einer Erklärung des hiesigen britischen Geschäftsträgers Lord Kilmanrock: Ich bin überzeugt, daß ein neuer Militärputsch die größte Entrüstung in England hervorrufen und daß die britische Regierung ihn auf das entschiedenste zurückweisen würde. Jede Möglichkeit, daß Deutschland Hilfe durch Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen oder größeren Kredit erhalten kann, würde durch irgendwelche Gewaltaktionen, von wo her sie auch kommen mögen, zerstört werden. Die Erklärungen, die ich in diesem Sinne am 19. März herausgegeben habe, sind von meiner Regierung genehmigt worden. Jeder Versuch, ein reaktionäres Regime aufzurichten, wird von der öffentlichen Meinung Englands aufs schärfste verurteilt.

•

Die Ueberwachung Deutschlands

⊕ **Berlin**, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Die alliierte Ueberwachungskommission für Deutschland ist auf die Stärke von 218 Personen gebracht worden. Die Ueberwachungskommission hat zwei Villen im Tiergartenviertel erworben. — Die Japaner haben eine Sonderkommission in der japanischen Botschaft am Königsplatz eingerichtet, die lediglich finanziellen und wirtschaftlichen Aufgaben der japanischen Regierung dient.

Eine deutsche Protestnote

WTB. **Berlin**, 14. April. Folgende Note ist von der deutschen Regierung an die Reparationskommission gesandt worden:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 31. März zu bestätigen, welche die Antwort auf das Memorandum enthält, in dem um die Belassung des für Deutschlands Existenz notwendigen Schiffsraumes gebeten worden war. Nach dem Friedensvertrag und nach der im Memorandum angezogenen Note der Alliierten ist es der Reparationskommission zur Pflicht gemacht, auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen, insbesondere nicht durch die Erzwingung der Friedensbedingungen Deutschland so weit zu zerrütten, daß seine Fähigkeit, den Wiedergutmachungsverpflichtungen zu genügen, in Frage gestellt wird. Das von der deutschen Regierung überreichte Memorandum hat in kurzen Linien die wirtschaftliche Lage Deutschlands geschildert und gezeigt, wie Deutschland ohne Belassung eines bestimmten Schiffsraumes wirtschaftlich zusammenbrechen muß. Der maritime service, dem die deutsche Schiffahrtsdelegation dieses Memorandum vorgetragen und übergeben hat, hatte zugesagt, dasselbe mit einem entsprechenden Kommentar an die Reparationskommission weiterzuleiten. Dies ist geschehen. Die Reparationskommission hat das Memorandum für so wichtig gehalten, daß sie die deutsche Schiffahrtsdelegation nach Paris gebeten hatte, um in Gegenwart des gleichfalls dort anwesenden maritime service die Sache nochmals zu vertreten. Das im Eingang erwähnte Schreiben der Reparationskommission lehnt jedoch nunmehr den deutschen Antrag ab mit dem Bemerken, daß keine genügenden Gründe vorgebracht seien. Die deutsche Regierung kann diese Entscheidung nicht stillschweigend hinnehmen. Obwohl nach ihrer Ansicht die bereits vorgelegte Denkschrift schon eine mehr als eindringliche Sprache redet, wird die deutsche Regierung gleichwohl weiteres zahlenmäßiges Material der Reparationskommission unterbreiten. Sie wird zu gleicher Zeit nunmehr einen bestimmt formulierten Antrag dahin stellen, wieviel Schiffsraum, welche Art Schiffe und für welche Zeit die Reparationskommission Deutschland überlassen möge. Die deutsche Regierung wird sich erlauben, in einer zweiten Note demnächst in diesem Sinne auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Vorsitzende der deutschen Schiffahrtsdelegation ist wegen der Fortsetzung der bisher in London geführten Verhandlungen, betreffend die Ablieferung der Schiffe, inzwischen unmittelbar mit dem Vorsitzenden des maritime service in London in Verbindung getreten.

Zur Verbilligung der Lebensmittel

Das Wolff-Bureau meldet: Nachdem im Haushaltsjahre 1919/20 7¾ Milliarden Mark zur Verbilligung einzelner Lebensmittel aufgewendet worden sind, wird demnächst ein Nachtrag mehrere weitere Milliarden hierfür fordern.

•

Die holländischen Lebensmittel für Deutschland

Wie die Amsterdamer Blätter melden, haben alle Gewerkschaftsgruppen der streikenden Rotterdamer Arbeiter den Beschluß, die für Deutschland bestimmten Lebensmittel an Bord zu laden, gebilligt.

Die Franzosen in Frankfurt

Von unserm W.-Mitarbeiter

Frankfurt a. M., 15. April. (Eig. Drahtbericht)

In Frankfurt ist ein Bataillon Belgier eingetroffen, das durch die gesamte französische Garnison mit militärischen Ehren empfangen wurde. Zur Demonstration der französisch-belgischen Verbrüderung fand hierauf eine Parade beider Truppenteile auf dem Opernplatz statt. Hierbei und beim Einzug der Belgier hat sich die Einwohnerschaft Frankfurts zum Teil nicht gerade sehr würdevoll benommen. Sie umstand in großen Mengen den Opernplatz. Alle Altersklassen und alle Stände waren vertreten. Als die Belgier abzogen, rückte man mit ihnen in die Quartiere. Zweifelhafte Beliebtheit machte sich hierbei besonders bemerkbar. Es ist das ein unbegreiflicher Mangel an nationalem Selbstbewußtsein.

Der Frankfurter Journalistenverein hatte bekanntlich gegen die Verurteilung des „Generalanzeigers" und des Wolff-Bureaus zu 5000 M. Geldstrafe Protest eingelegt. Die Antwort ist prompt erfolgt. Die beiden Vorsitzenden des Vereins, die den Protest unterschrieben haben, die Redakteure Giesen und Dr. Rupp, wurden zu je 1000 M. Geldstrafe verurteilt, weil der Ton des Schreibens von dem französischen General als herausfordernd empfunden worden ist.

Die französischen Behörden hatten die „Frankfurter Zeitung" gezwungen, mitzuteilen, daß die Meldung, daß bei dem Zusammenstoß in Oberhollstadt, über den die Berliner Regierung berichtet und gemeldet hatte, daß dabei der Leutnant Graf Kalnein erschossen wurde, unrichtig sei. Der französische General hat behauptet, daß der Zusammenstoß vollkommen unblutig gewesen sei und daß es keine Toten gegeben habe. Nun wird aus Friedberg gemeldet: Der bei dem Zusammenstoß mit einer französischen Patrouille gefallene Reichswehrsoldat Graf Kalnein wurde unter gewaltiger Teilnahme der Bevölkerung von der hiesigen Leichenhalle nach dem Bahnhof übergeführt und von hier mit einem Zug zur Beisetzung in die Heimat überbracht. — Der stellvertretende Regierungspräsident hat an den Divisionsgeneral Demetz das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Herr General! Heute erst kommt mir die Nummer 13171 der französischen Zeitung „Le Mappe" vom 10. April zu Gesicht, in der sich eine Darstellung der Vorfälle in Frankfurt vom 7. April befindet. In derselben befindet sich ein Satz, der in deutscher Uebersetzung lautet: „Die Verantwortung für diese Vorkommnisse fällt sicherlich in erster Linie auf einen gewissen Kofmann zurück, ehemaliger Bürgermeister von Mülhausen, zur Zeit stellvertretender Regierungspräsident in Frankfurt a. Main." Um Mißdeutungen, zu denen dieser Satz Veranlassung geben könnte, von vornherein vorzubeugen, erkläre ich die darin enthaltene Aufstellung für eine durch nichts gerechtfertigte niedrige Verleumdung."

Gestern sind von der französischen Polizeibehörde 117 Personen wegen Uebertretung der Polizeistunde zu Geldstrafen von 5 bis 20 M. verurteilt worden.

Die Mitglieder der hessischen Volkskammer haben sich gestern zu einer inoffiziellen Besprechung in Darmstadt eingefunden, um zu der durch die Besetzung weiterer hessischer Gebietsteile durch die Franzosen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Staatspräsident Ulrich gab in einer gemeinsamen Sitzung aller Fraktionen Kenntnis von den Schritten, die die hessische Regierung unternommen habe. Alle Fraktionen sind sich darüber einig, daß die neuerliche Besetzung als eine Verletzung des Friedensvertrages zu betrachten sei. Das Vorgehen der hessischen Regierung und die von ihr getroffenen Maßnahmen wurden einmütig gebilligt und die sofortige Räumung des neubesetzten Gebietes gefordert. Ueber den Zusammentritt des Plenums der Kammer sind noch keine Bestimmungen getroffen, doch will Präsident Adelung keinesfalls während der Dauer der Besetzung den Landtag einberufen, unter der Voraussetzung, daß wir bald von diesem Druck befreit werden. Sollte sich aber trotzdem in Bälde eine Einberufung notwendig erweisen, so wird die Tagung voraussichtlich im unbesetzten Gebiet stattfinden.

•

Die Truppenbewegung im Maingau

⊕ **Frankfurt**, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) In Frankfurt sind gestern weitere 1500 Mann französische Truppen eingerückt. In Darmstadt marschierten 800 Mann Kolonialtruppen ein. Auch in Mainz sind neue Truppenformationen aus Frankreich eingetroffen.

•

England grollt nicht mehr

Das Wolffbureau meldet aus Paris: Lord Derby hat von seiner Regierung Anweisung erhalten, am Donnerstag wieder an der Botschafterkonferenz teilzunehmen und sich an der Diskussion zu beteiligen, welcher Gegenstand auch zur Beratung stehen möge.

Der Ministerpräsident Millerand hatte nach der Kammersitzung eine Unterredung mit einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, in der er erklärte, daß der Streit zwischen den beiden Regierungen endgültig beigelegt sei und Lord Derby seinen Platz in der Botschafterkonferenz wieder einnehmen werde.

Versuchte Zechensprengung

ITA. **Recklinghausen**, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Ueber eine versuchte Zechensprengung wird hier folgendes bekannt: Auf Weisung des Kommunisten Meinberg aus Dortmund sollten die revolutionären Elemente, darunter der Haupträdelsführer Bergmann Schanko, die Zeche Schlägel und Eisen in Langenbochum sprengen. Dank einem wohlgeleiteten Sicherheitsdienste gelang die Sabotage nicht, sonst wäre Langenbochum heute eine Trümmerstätte. Auf den Förderkörben im Schacht und im Maschinenhaus auf der Fördermaschine wurden mit Dynamit gefüllte Kästen gefunden, die im Falle des Einmarsches der Regierungstruppen den Schacht sprengen sollten.

•

Räubernde Notgardisten

ITA. **Köln**, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Die „K. Z." meldet aus Langenberg: Einige Räuberbanden, die sich aus Angehörigen der Roten Armee gebildet haben, suchen die Umgebung unsrer Stadt heim und erpreßten auf Bauernhöfen unter Bedrohung mit der Waffe Geld, Wertsachen usw. Der Polizei gelang es, drei Mitglieder der Banden zu verhaften.

Frankreich, Belgien und England

Von unserm W.-Mitarbeiter

Rotterdam, 13. April

Am selben Tage, an dem die deutsche Gesandtschaft in Brüssel zur Geburtstagsfeier des Königs Albert „die Flagge der deutschen Republik aufziehen ließ" (ich entnehme dies der „Indépendance Belge" vom 9. April), brachten die Brüsseler Zeitungen den Bericht über Entsendung einer belgischen Abteilung in den Maingau und zierten diese Neuigkeit mit folgendem Aperçu:

„Wie im August 1914, so zieht auch diesmal, zusammen mit Frankreich, die belgische Armee in den Krieg gegen Deutschland. Damals galt es, die verletzte Neutralität Belgiens zu rächen. Jetzt müssen wir Deutschland für die Schändung des Versailler Paktes bestrafen. Und England sieht die Notwendigkeit sofortigen Anschlusses ebensowenig ein, wie im August 1914."

Eine blindwütende Deutschenhetze wird in den franko-belgischen Blättern betrieben. Sie richtet sich nicht allein gegen die „deutschen Militaristen", sondern auch gegen die englischen Politiker vom Schlage Asquiths, die, im Londoner Klub der Liberalen eine Nebenregierung führend, es dem Premier Lloyd George unmöglich machen, unverzagt mit Millerand zu marschieren. So wenigstens erzählen sich die Brüsseler Anguren. Der Beschluß des belgischen Kabinetts wurde also unter zweierlei Gesichtspunkten von den eingeweihten Zeitungsschreibern beurteilt: erstlich als „Strafakt" gegen das vertragsbrüchige Deutschland, zweitens als Stellungnahme gegen England, dessen Verhalten zu Belgien seit geraumer Zeit öffentlich kritisiert und selbst mit drohenden Worten getadelt wird.

Ein Londoner Blatt, „Daily Telegraph", brachte vor wenigen Tagen die Liste der von Belgien gegen England erhobenen Klagen. „Die Engländer sollen an dem elenden Kurse der belgischen Franken schuld sein, weil sie nur das Pfund als Zahlungsmittel für belgische Ankäufe in England zulassen; die britische Regierung soll die sofortige Zahlung der höher an Belgien gegebenen Kredite in Pfund verlangen. Anderseits schrumpft der englische Handel in Belgien zusammen." Was von diesen in Brüssel erlangten Informationen des „Daily Telegraph" richtig ist, läßt sich schwerlich untersuchen. Gewiß ist jedoch, daß man in dem französisch sprechenden Teile Belgiens eine Art Genugtuung darüber empfindet, zusammen mit Frankreich dem „selbstsüchtigen" England einen „empfindlichen Streich" versetzt zu haben. Und dies im selben Augenblicke, wo der belgische Minister für Auswärtiges, Paul Hymans, in den „Times" eine richtige Bittschrift losläßt, um für das „friedliebende, nach Völkerversöhnung strebende Belgien" britische Hilfe zu erhalten.

Hymans, der die Verhandlungen der belgischen Regierung mit den Delegierten der verbündeten Staaten in Paris leitete, läßt aber in seinem „Times"-Aufsatze deutlich durchblicken, daß Belgien mit dem Versailler Vertrage nicht zufrieden sei, weil es das holländische Limburg — die notwendige Verteidigungsposition im Norden — nicht erhalten habe. Als denjenigen Staat, der sich „am wenigsten für diesen Wunsch Belgiens eingesetzt", bezeichnet er England. Hymans zieht daraus den Schluß, Belgien müsse stets eine starke und mächtige Armee besitzen, bereit, den „aus dem Norden drohenden Angriff" abzuwehren. „Die Unzufriedenheit Belgiens mit dem Versailler Vertrage und die Betonung der englischen Verantwortlichkeit an dem unzureichenden Pakte" (so schreiben die nationalistischen Brüsseler Zeitungen) — diese beiden Beweggründe liegen dem belgischen Beschlusse zugrunde, an der französischen Militäraktion teilzunehmen. Den Pariser Regierungsstellen war das Mitun des „treuen Bundesgenossen" bekannt, ehe noch die Kabinettsitzung in Brüssel das entscheidende Wort gesprochen. Die öffentliche Meinung Frankreichs und die des Französisch sprechenden Belgiens werden auf die gleiche Art und mit denselben Argumenten bearbeitet, restlose Durchführung des Versailler Vertrages, trotz Englands Verlangen, die innerpolitische Formung Deutschlands durch militärische Druckmittel nicht zu stören.

Aus dem gemeinschaftlichen Ziele der beiden unzufriedenen Signatare des Versailler Paktes, Frankreich und Belgien, erklärt sich das beinahe automatische Zusammengehen der Nachbarstaaten in der Besetzungsaktion. Wohl warnt die vlaemische Presse vor diesem „Abenteuer mit Frankreich". Allein in Brüssel wird noch die Politik der „Franskillons" betrieben. Ein Eklat dürfte nicht ausbleiben. Vlaemische Sozialisten machen sich von dem Unternehmen der Regierung los; selbst Vandervelde entschlüpfte der Verantwortlichkeit, indem er dem Ministerrate nicht beiwohnte. Camill Huysmans und Brouckere, die — von Herrn Landsberg nach Berlin gelotst — die Kapptage an der Spree verbrachten, mit den dortigen Sozialisten über die Möglichkeit einer Einigung fruchtlos berieten — diese beiden Stützen der Internationale beobachten die gleiche Politik wie Vandervelde.

Inzwischen betreiben die belgischen Nationalisten ihr Geschäft weiter. Millerand ließ am Tage des Brüsseler Kabinettsbeschlusses die Mitteilung publizieren, man werde in der Luxemburgischen Eisenbahnfrage Belgien Zugeständnisse machen. Das gibt der „Bereitwilligkeit" der Brüsseler Regierung einen pikanten Beigeschmack. Hinter dem Zustand die Bedingung: „Wir wollen die luxemburgische Angelegenheit erledigen." Millerand stimmte. So kam der Brüsseler Beschluß leichter, als man dachte, zustande ...

Amerikanische Hilfe für Europa

⊕ **Prag**, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine amerikanische Finanzkommission mit Murphy an der Spitze trifft heute in Prag ein. Wie unser Korrespondent erfährt, beabsichtigt sie nicht, Kredite zu gewähren, sondern Rohstoffe gegen Ausfuhr eines Teiles der Fertigfabrikate zu beschaffen. Außerdem will sie verschiedene industrielle Unternehmungen, an denen sich Amerikaner beteiligen könnten, studieren. — Ein Abgesandter der tschecho-slowakischen Regierung hatte bei der Ueberfahrt von Amerika nach Europa mit Murphy eine Unterredung, der ihm erklärte, daß sich die Kommission nach Europa begebe, um zu helfen. Er sagte: „Wir meinen es aufrichtig, nicht nur mit der Tschecho-Slowakei, sondern auch mit den andern kleinen Staaten in Europa, die in einer Bedrängnis leben, die ihnen das Atmen unmöglich macht. Kredite werden wir nicht gewähren, da dies unter den Verhält-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200416/1